

31. März 2014

1 von 3

**Beschluss
der Stadtverordnetenversammlung****Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerber*innen**

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne

- 101.17.1260 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

- 1) Die Stadt Kassel bekennt sich zur humanen Aufnahme und menschenwürdigen Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerber*innen, die ihr vom Land Hessen zugewiesen werden. Die Stadt Kassel begrüßt das bürgerschaftliche Engagement bei der Gestaltung einer Willkommenskultur und leistet schon heute einen beachtlichen Integrationsbeitrag. Die Stadt Kassel ruft die Dienststellen sowie die beteiligten Einrichtungen und Personen auf, diese Willkommenskultur weiterhin im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten zu unterstützen und zu fördern. Das heißt für uns, Angebote und Perspektiven für zugewiesene Menschen bereitzuhalten, die das vielfältige und gleichberechtigte Leben in der Stadt fördern. Das Integrationskonzept der Stadt Kassel gilt für alle in der Stadt lebenden Menschen.
- 2) Der Magistrat wird aufgefordert, bei der Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerber*innen folgendes zu beachten:
 - Die erste Aufnahme in Kassel erfolgt in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften. Gemeinschaftsunterkünfte sollen in den ersten Monaten die soziale Betreuung (persönliche Situation, medizinische Versorgung, Schulpflicht, Ämter) und die Vermittlung von Lerninhalten (Sprache) befördern.
 - Die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften soll vorrangig in Gebäuden mit massiver Bauweise erfolgen. Neue Standorte sind so zu wählen, dass eine Anbindung von Flüchtlingen und Asylbewerber*innen an die örtliche Gemeinschaft gefördert wird.
 - Danach sollen Flüchtlinge und Asylbewerber*innen in Wohnungen und weiterhin im gesamten Stadtgebiet untergebracht werden.
- 3)
 - Es wird eine professionelle Betreuung angeboten, die neu angekommene Flüchtlinge und Asylbewerber*innen unterstützt und befähigt, z.B. Behördengänge und erforderliche Antragstellungen zu erledigen.
 - Die Beschulung von schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen erfolgt in enger Abstimmung zwischen dem Schulverwaltungsamt, dem staatlichen Schulamt für den Landkreis und die Stadt Kassel sowie den Schulen. Kindern im Vorschulalter soll der Besuch einer Kindertagesstätte ermöglicht werden.
 - Die Einbindung von bürgerschaftlichem Engagement zur Gestaltung einer Willkommenskultur ist zu fördern.

Der Magistrat wird aufgefordert sich beim Land Hessen dafür einzusetzen,

2 von 3

- Flüchtlingen und Asylbewerber*innen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern und sich für die Möglichkeit der Arbeitsaufnahme nach drei Monaten einzusetzen,
- die Kommunen bei der Aufnahme, Unterbringung und Versorgung auskömmlich zu unterstützen, in dem Land und Bund die entstehenden Kosten erstatten und landes- und bundeseigene Immobilien und Liegenschaften, z.B. der BIMA, zur Verfügung stellen,
- bei der Bundesregierung die sozialrechtliche Gleichstellung von Flüchtlingen und Asylbewerber*innen einzufordern, wie dies vom Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 18. Juli 2012 angemahnt wurde.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Ziffer 1 des gemeinsamen Antrages der Fraktionen der SPD und B90/Grüne betr. Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerber*innen, 101.17.1260, wird **zugestimmt**.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler (2)
Stadtverordneter Bayer

Ablehnung: Kasseler Linke, Demokratie erneuern/Freie Wähler (1)

Enthaltung: --

den

Beschluss

Ziffer 2 des gemeinsamen Antrages der Fraktionen der SPD und B90/Grüne betr. Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerber*innen, 101.17.1260, wird **zugestimmt**.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Ziffer 3 des gemeinsamen Antrages der Fraktionen der SPD und B90/Grüne betr. Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerber*innen, 101.17.1260, wird **zugestimmt**.

➤ **Änderungsantrag der CDU-Fraktion**

3 von 3

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Ziffer 2, 1. Satz, wird wie folgt geändert:

.....

Der Magistrat wird aufgefordert, **für die** Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerber*innen **ein Konzept unter Berücksichtigung bzw. unter Beachtung nachfolgender Punkte vorzulegen:**

.....

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: CDU, Stadtverordneter Bayer

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion betr. Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerber*innen, 101.17.1260, wird **abgelehnt**.

Petra Friedrich
Stadtverordnetenvorsteherin

Nicole Schmidt
Schriftführerin